

Kein Geld für Kitas und Kultur: Kahlschlag im Bezirk? SPD kürzt massenhaft Anträge, viele Entscheidungen aufgeschoben



Beliebt und gut besucht. Die Zinnschmelze in Barmbek. Foto: Zinne

Mit einer Überraschung endete die Sitzung des Haushaltsausschusses Anfang Juni. Bei den ersten Sondermittelberatungen der neuen Legislatur kürzte die SPD ungewöhnlich hoch bei den Projekten der Kultur. Kita-Anträge wurden erst gar nicht bewilligt.

Sondermittel sind Gelder, mit denen die Bezirksversammlung Sonderbedarfe oder Projekte von Vereinen, Organisationen und Initiativen unterstützen kann.

In der Vergangenheit hat die GAL besonders Anträge der Bereiche Kultur, Frauen, Umwelt und Jugend unterstützt. Dieses Anliegen wurde von den anderen Fraktionen stets geteilt. Anders in diesem Jahr: Bis auf einen Antrag der Kita Rübe 1-2-3 wurden alle Kita-Anträge vertagt. Bei der SPD bestehe noch Beratungsbedarf; angeblich aus grundsätzlichen Überlegungen: Die Anträge seien

zwar unterstützenswert, aber der Senat sei dafür zuständig. Da der Senat komplett von der SPD gestellt wird, dürfte die Lösung hier kein Problem sein, oder?

Andere Anträge, die die GAL unterstützte, wurden teilweise massiv gekürzt: Die Zinnschmelze und das Bürgerhaus Barmbek erhalten nur gut die Hälfte. Interessant: Das Bürgerhaus erhält zwar Präsentationstechnik, Geld für einen Schrank für die einbruchssichere Verwahrung aber wurde abgelehnt. Auch der Verfügungsfonds Dulsberg, ein wichtiges Mittel für die erfolgreiche Arbeit des örtlichen Stadtteilrates, erhält statt der üblichen 5000 EUR nur 3000.

Die GAL-Fraktion hat für Mittwoch, den 29. Juni 2011 um 18h eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses beantragt. Wir meinen, die Zeit bis dahin reicht für die SPD aus, um sich intern zu beraten. Sollte der Haushaltsausschuss beschließen, so könnten die Bescheide schon Anfang Juli verschickt werden.

☞ Antrag ☞ PM

Lesen Sie im Onlinespezial: >Hände weg von den Sondermitteln, Herr Senator!<



René Gögge ist haushaltspolitischer Sprecher

Neue Kultur-Wiese

Künstler wollen Theaterfabrik nutzen

Für die Nutzung der Räume der ehemaligen Theaterfabrik im Wiesendamm in Barmbek gibt es neue Interessenten: Das Projekt WIESE – Initiative für ein theatrales Produktions- und Bildungszentrum – besteht aus zehn verschiedenen Einrichtungen der freien Tanz- und Theaterszene und möchte am Wiesendamm ein Probe- und Ausbildungszentrum inklusive Aufführungsraum entstehen lassen. Das Projekt ist so angelegt, dass es ohne staatliche Zuschüssen auskommt. Dieser Plan steht und fällt allerdings mit dem von der Stadt geforderten Kaufpreis. Viele Pläne in der Vergangenheit scheiterten an den überzogenen Kaufpreisforderungen der städtischen Sprinkenhof AG.

Die Bezirksversammlung unterstützt das Projekt und fordert Senat und Sprinkenhof AG auf, das Engagement durch den Kaufpreis nicht zu gefährden. Einen entsprechenden interfraktionellen Antrag hatte die GAL initiiert.

Mit der WIESE, Kampnagel und K3-Tanzplan Hamburg kann der Bezirk Nord zum norddeutschen Zentrum der freien Tanz- und Theaterszene werden. Diese Chance muss genutzt werden!



Michael Werner-Boelz
Fraktionsvorsitzender

☞ Antrag ☞ PM

Vertrag für Hamburg: GAL unterstützt das Ziel Wohnungsbau

(mb) Die GAL-Fraktion hat dem sogenannten „Vertrag für Hamburg“ zugestimmt. Hinter dem staatstragend klingenden Titel verbirgt sich eine Verwaltungsvereinbarung aller Bezirke und des Senats über Ziele des Wohnungsbaus. Vereinbart werden Eckdaten über Anzahl und Verfahren der zu errichtenden Wohnungen. Im Gegensatz zu dem bisherigen Instrument der Zielvereinbarungen werden Einzelheiten und konkrete Projekte nicht geregelt.

Dies ist auch der springende Punkt, weshalb die GAL dem Vertrag zustimmen kann: Details und wohl auch die

Streitpunkte bleiben dem Bebauungsplanverfahren und damit der Bezirksversammlung vorbehalten. Der „Vertrag für Hamburg“ ist also nicht mehr als eine Absichtserklärung für den - unbestrittenen - Bedarf an Wohnungsbau.

Heftig kritisiert hat die GAL-Fraktion allerdings das Verfahren: Bei der Beratung im Stadtentwicklungsausschuss war Niemand anwesend, der die vielen Fragen beantworten konnte; dies hätte der Bezirksamtsleiter machen müssen, der aber durch Abwesenheit glänzte. So musste die Debatte im Ausschuss abgebrochen werden. Ein ungewöhnlich ig-

noranter Umgang mit dem Parlament, der hoffentlich einmalig bleibt.

Nun ist die SPD an der Reihe und muss beweisen, dass sie die hohen Ziele des Wohnungsbaus auch umsetzen kann. Keine leichte Aufgabe. Wir werden die Arbeit im Stadtentwicklungsausschuss und in den Bauausschüssen begleiten, Mängel offen kritisieren und guten Ideen zustimmen.



Martin Bill ist Sprecher für Stadtentwicklung

☞ Vertrag für Hamburg

Mit gutem Beispiel voran! Verwaltung soll fair werden Initiative der GAL führt zu interfraktionellem Antrag

www.fairtradedstadt-hamburg.de



Die GAL hat einen interfraktionellen Antrag initiiert, der in der Bezirksversammlung einstimmig beschlossen wurde.

In dem Beschluss wird das Bezirksamt aufgefordert, bei seinen Einkäufen und Beschaffungen auf faire Produktionsbedingungen zu achten. Dies betrifft insbesondere Produkte aus Übersee wie Kaffee, Tee, Kakaoerzeugnisse und bestimmte

Obstsorten. Darüber hinaus sollen wenn möglich regionale und Bio-Lebensmittel verwendet werden.

Das Bezirksamt soll diese Empfehlungen beim Einkauf für Sitzungs- und Tagungsverpflegung beachten. Aber auch der Betreiber der Kantine im Bezirksamt soll dazu motiviert werden.

Ein weiterer Punkt sind faire Arbeitsbedingungen bei der Produktion von elektronischen Geräten. Fair Trade und Bio-Produkte können wir mittlerweile in jedem Supermarkt kaufen.

Fair zu sein ist also gar nicht mehr schwer!

☞ Antrag



Ulrike Sparr ist umwelt-politische Sprecherin

Gleichstellungspolitik

Nur ein Lippenbekenntnis?

Wie geht es weiter mit der Gleichstellungspolitik? Der Koalitionsvertrag von SPD und FDP sagt dazu leider nichts.

Einen ersten Vorgeschmack gab es bei den Sondermittelberatungen: Ein Antrag des hamburgweit anerkannten Magnus Hirschfeld Centrums (MHC) am Borgweg wurde abgelehnt, zwei nur mit großen Abstrichen bewilligt. Auch der Antrag der Lesbisch Schwulen Filmtage Hamburg, die in diesem Jahr ihre Eröffnung auf Kampnagel feiern wollen, wurde vertagt.

Der SPD-Senat hat mittlerweile die Arbeitsstelle Vielfalt aufgelöst. Unklar ist daher auch, was aus den Plänen eines neuen Zentrums für lesbische, schwule, bisexuelle und transsexuelle Jugendliche wird. Die (alte) Bezirksversammlung hatte sich dafür eingesetzt, dass es beim bestehenden MHC angesiedelt wird. Raumkapazitäten sind dort vorhanden (wir berichteten).

Die GAL-Fraktion stellte daher einen Antrag in der letzten Bezirksversammlung, in dem sie die Vorsitzende aufforderte, sich dafür einzusetzen, dass die Gelder für das Jugendzentrum weiterhin zur Verfügung stehen und das Zentrum, so wie es die Bezirksversammlung beschlossen hatte, an das MHC angeschlossen wird. Der Antrag wurde zur Beratung in den Sozialausschuss überwiesen. Wir sind gespannt, ob den Lippenbekenntnissen auch Taten folgen.



Sabine Liebe ist sozial-politische Sprecherin

☞ Antrag

+++ Südl. Tangstedter Landstraße +++

(cw) Interessante Neuigkeiten aus Langenhorn: Die Planungen für eine „Gemeinschaftsstraße“ in der südlichen Tangstedter Landstraße werden fortgesetzt. Damit könnte sie die einzige Straße werden, die in Hamburg nach dem Gedanken der Gemeinschaftsstraße umgestaltet wird. Allerdings ab sofort nicht mehr unter diesem Namen: das Programm wurde nämlich öffentlichkeitswirksam gestrichen. Das Projekt fungiert ab sofort unter dem Namen „verkehrsberuhigter Geschäftsbereich“. Der gesamte Bereich zwischen U-Bahn im Osten und Geschäften im Westen wird mit einem einheitlichen Belag barrierefrei gebaut, alle Verkehrsteilnehmer sollen nahezu gleichberechtigt unterwegs sein. Den Planungen, die auch den Langenhorner Markt betreffen, waren Workshops mit Bürgern und Geschäftsleuten vorausgegangen.

☞ Pressemitteilung



Carmen Wilkens
Regionalausschuss
Fuhsbüttel, Langenhorn

+++ Geschichtswerkstätten +++

(mwb) Die Geschichtswerkstätten sollen nach dem Willen der Bezirksversammlung mehr Geld vom Senat erhalten. Die Kürzungen der Vergangenheit müssen zurückgenommen werden, außerdem brauchen die Einrichtungen einen Ausgleich zu den gestiegenen Fixkosten. Benötigt werden 60.000 Euro im Jahr. Den von uns angeregten Antrag stellten GAL, SPD, Linke und FDP gemeinsam. Die fünf Geschichtswerkstätten in Nord leisten mit wenig Geld viel ehrenamtliche Arbeit und sind wertvolle Gedächtnisse der Stadtteile. ☞ PM

+++ e-Blattgrün +++

(red) Blattgrün gibt es auch im Abo: Eine E-Mail an fraktion@galnord.de genügt, und Sie erhalten alle Ausgaben digital nach Hause. Sie erhalten nur das Blattgrün, keine weitere Werbung. Versprochen!

Lesen Sie außerdem im

☞ online-Spezial:

+++ Stand Kreisverkehr Eppendorf

(ke) Aus Eppendorf wenig Neues, die Verkehrsbehörde war nicht im Ausschuss. Mittlerweile hat aber die SPD eigene Vorstellungen geäußert. Nächste Sitzung: 20. Juni, 18h, Sitzungssaal Bezirksamt.

+++ Rauchen und Spielplätze +++

(ms) SPD und FDP preschen mit einem Antrag zum Rauch- und Trinkverbot auf Spielplätzen vor. Die GAL steht dem grundsätzlich offen gegenüber, fordert aber eine Analyse von Problemen und Wirkungen.

+++ Ampel in der Kellinghusenstraße +++

(ms) Im Zuge des Baus der Stadtbahn sollte in der Kellinghusenstraße eine zusätzliche Ampel gebaut werden. Mit der Stadtbahn ist auch die Ampel vorerst gestrichen.

+++ Barmbek°Basch +++

(mwb) Geschäftsführung sichern!

+++ Langenhorner Chaussee +++

(cw) Noch keine Pläne vorgestellt, wir bleiben dran!

IMPRESSUM

Blatt GRÜN ist ein Infoblatt der GAL-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Es erscheint monatlich freitags nach der Bezirksversammlung. ☞ sind Links zu den bezeichneten Informationen auf www.galnord.de



Herausgeberin: GAL-Fraktion Hamburg-Nord; Michael Werner-Boelz, Fraktionsvorsitzender (ViSdP); Redaktion: Martin Bill; Fotos, wenn nicht anders vermerkt: GAL-Fraktion Nord

Bussestraße 1 // 22299 HH // Tel: (040) 511 79 19 // Fax: (040) 51 22 28 // fraktion@galnord.de // www.galnord.de



Hände weg von den Bezirklichen Sondermitteln, Herr Senator!

(rg) Die GAL hat Sorge, dass der Senat die Sondermittel kürzen will und sogenannte Reste nicht mehr in das Folgejahr übertragen wird. Das hätte konkrete Auswirkungen auf die Vereine und Institutionen in unserem Bezirk.

Die SPD-Fraktion in Nord hat nur einen kleinen Teil der Sondermittel beschlossen. Viele Anträge wurden gekürzt oder vertagt (Bericht Seite 1). Und dies, obwohl genug Geld für die fachlich unterstützenswerten Anträge zur Verfügung gewesen wäre. Die GAL befürchtete hier vorseilenden Gehorsam gegenüber dem Finanzsenator. Will die Finanzbehörde die Gelder, die am Ende

des letzten Jahres noch nicht ausgegeben waren (sog. Reste) etwa einkassieren, so dass sie dem Bezirk nicht mehr zur Verfügung stehen? Das wäre ein Rückschlag für die Bezirke, denn viele Gelder, sogenannte zuwachsende Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, stehen erst kurz vor Jahresende zur Verfügung. Die Gelder überlegt und zielgerichtet auszugeben ist dann in der kurzen Zeit bis Silvester unmöglich. In einem Antrag fordert die GAL die Finanzbehörde daher auf, die Reste weiterhin zu übertragen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

☞ Antrag ☞ Pressemitteilung

Geschäftsführung Basch sichern!

(mwb) Auf Antrag der GAL hat der Haushaltsausschuss nun einstimmig beschlossen, dass die beteiligten Fachbehörden die notwendigen Mittel für eine dauerhafte Weiterfinanzierung des Centermanagements im Barmbek°Basch bereitstellen sollen. Die Finanzierung der Stellen für Koordination, Assistenz und Hausmeister im ersten Community-Center Hamburgs, dem Barmbek°Basch, ist nur noch bis August 2011 gesichert.

Bereits im Februar hatten die Einrichtungen die Kommunalpolitiker aus dem Bezirk über ihre Lage informiert. Das war Anlass für die GAL, in der ersten Arbeitssitzung der Bezirksversammlung im April einen entsprechenden Antrag zu stellen. Dieser wurde auf Betreiben der SPD zunächst in den Ausschuss verwiesen und dort erneut vertagt, ehe nun endlich ein einstimmiges Votum erzielt werden konnte.

+++ Langenhorner Chaussee +++

(cw) Anders als erwartet, wurden die Planungen zur Langenhorner Chaussee im letzten Regionalausschuss nicht vorgestellt. Der Bezirksamtsleiter hatte dies in der Bezirksversammlung versprochen, konnte das aber nicht halten. Die GAL bleibt dran!

HINTERGRUND

Bezirkliche Gelder

(rg) Bezirkliche Gelder sind Finanzmittel, die die Bezirksversammlung eigenverantwortlich ausgeben kann. Dies sind hauptsächlich die sogenannten Sondermittel. Außerdem gibt es Mittel aus dem Gestaltungsfonds und Werbeeinnahmen.

Die Sondermittel werden zum Teil (wie übrigens alle anderen Gelder auch) vom Senat an die Bezirke gegeben. Einen weiteren Teil „erwirtschaften“ die Bezirke selbst durch Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von städtischen Grundstücken. Insgesamt kommen so jährlich ungefähr 100.000 Euro zusammen. Auf diese Gelder können sich Vereine, Institutionen und Initiativen bewerben. Unterstützt eine Fraktion ein Anliegen, so stellt sie einen entsprechenden Antrag im Haushaltsausschuss.

Die Werbeeinnahmen sind ein Teil der Gelder, die die Stadt für Werbung im öffentlichen Raum einnimmt. Das sind insbesondere Reklametafeln an Bus-Wartehäuschen. Der Gestaltungsfonds ist für Maßnahmen im öffentlichen Raum vorgesehen. Insbesondere die letzten beiden Töpfe standen schon öfter im Visier der Finanzsensoren.

Rauchverbote

(ms) In der Bezirksversammlung preschten SPD und FDP mit einem Antrag zu einem Rauch- und Alkoholverbot für alle Kinderspielplätze in Hamburg-Nord vor.

Die GAL steht diesem Ansinnen grundsätzlich positiv gegenüber, allerdings sollte vor einem Verbot eine genaue Analyse der Probleme und der Wirkung der Lösung vorgenommen werden. Die GAL plädierte daher zunächst für eine Debatte im Ausschuss. Viele Dinge kann man schon jetzt lösen: Dass Jugendliche auf Spielplätzen Rauchen, Trinken, Kiffen und Lärmen ist schon jetzt verboten. Das Liegenlassen von ausgedrückten Kippen ist nicht nur für Kinder gefährlich, sondern ebenfalls bereits verboten. Völlig unklar ist der Vollzug des ganzen. Und sozialpolitisch stellt sich die Frage, ob Probleme damit nicht nur verdrängt werden, statt sie zu lösen. Viele Fragen – doch SPD und FDP haben schon entschieden! Was sagen Sie zu dem Thema?

Email an fraktion@galnord.de

Kreuzung Eppendorf

(ke) Aus Eppendorf wenig Neues: Die Beratungen zur Unfallkreuzung konnten im letzten Regionalausschuss nicht fortgesetzt werden, da der eingeladene Vertreter aus der Verkehrsbehörde nicht kam. Mal sehen, ob in der nächsten Sitzung am 20. Juni (18h, Sitzungssaal Bezirksamt) wirklich jemand da ist. Eingeladen wurde außerdem ein Vertreter der Innenbehörde (Polizei). Die Sitzung ist natürlich öffentlich, Besuch ist herzlich willkommen!

Nachdem sich die SPD lange im Abwehren übte und ihr Sprecher im Ausschuss nicht mal wusste, dass sich der Fraktionsvorsitzende in der Presse schon festgelegt hatte, hat die SPD nun einen eigenen Antrag mit Vorschlägen eingebracht. Dies betreffen die Straßen drum herum, weniger die Kreuzung selbst und werden ebenfalls am Montag im Ausschuss beraten.



Kai Elmendorf
Regionalbereich
Eppendorf, Winterhude,
Hoheluft-Ost

Ampel in der Kellinghusenstraße gestrichen?



(mb) Die Stadtbahnplanungen sahen neben der eigentlichen Bahntrasse auch viele Verbesserungen für den Rad- und Fußverkehr vor. Bspw. sollte in der Kellinghusenstraße, auf Höhe des Schrammswegs eine

Ampel gebaut werden. Die Straße wird dort insbesondere von Schulkindern gequert. Doch mit der Stadtbahn ist auch die Ampel erst einmal gestoppt.

Die GAL hat daher in der Bezirksversammlung beantragt, diese Ampel dennoch zu bauen: denn Verkehrsprobleme müssen gelöst werden, auch wenn die Stadtbahn nicht kommt! Wir sind gespannt, was die Verkehrsbehörde dazu sagt.

☞ Antrag